

Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, AL/GaP/PdA, BDP/CVP, GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, (Patrick Zillig, GLP/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Milena Daphinoff, CVP/Ursina Anderegg, GB/Marcel Wüthrich, GFL/Mohamed Abdirahim, JUSO): Massnahmen zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans* Personen

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit Trans*-Organisationen umfassende Massnahmen zur Gleichstellung und Sicherung der Grundrechte von trans* Personen erarbeitet und im Rahmen des Aktionsplans zur Gleichstellung von Mann und Frau integriert und umgesetzt werden können.

Begründung

Trans* meint die Tatsache, dass bei einer Person die selbsterlebte Geschlechtsidentität nicht oder nicht ausschliesslich mit dem bei der Geburt zugeschriebenen Geschlecht übereinstimmt. Neuere Untersuchungen aus verschiedenen Ländern zeigen, dass ein halbes bis zwei Prozent der Bevölkerung sich nicht (ausschliesslich) mit dem zugeschriebenen Geschlecht identifizieren.

Aufgrund des starren gesellschaftlichen und rechtlichen Zweigeschlechtersystems (Frau/Mann) erleben trans* Menschen in vielen alltäglichen Bereichen Nachteile: von falscher Anrede über unpassende Toiletten bis zu ungewollten Outings. Hierbei kommen Ausschlüssen, welche trans* Personen im Kontakt mit staatlichen Institutionen (Schulen, Altersheime, Ämter, staatliche Unterbringungen etc.) erleben, aufgrund ihres strukturellen Charakters eine besondere Bedeutung zu. Untersuchungen zeigen, dass die Exklusion von trans* Personen gravierende soziale, juristische, finanzielle und gesundheitliche Folgen für sie hat. Überdies stellt die staatliche Ungleichbehandlung von Personen aufgrund ihrer Geschlechts-Geschlechtsidentität eine Verletzung ihrer Grundrechte dar, wodurch diese Personen keinen Zugang zu essentiellen Ressourcen erhalten.

Dass solche Ausschlüsse auch in der Schweiz Realität sind, zeigt sich in Studien und allen Fachpersonen, die trans* Menschen begleiten. Auch die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich, welche unter anderem seit 2013 den Auftrag zur Förderung der Gleichstellung von trans* Personen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung hat, hat in der Vergangenheit punktuell über gewisse Aspekte dieser Stigmatisierungsdynamik informiert.

Um diesen gravierenden Problemen, mit welchen trans* Personen heute konfrontiert sind, begegnen zu können, schlagen internationale Menschenrechtsgremien die Schaffung umfassender Aktionspläne vor. Erst ein solcher, umfassender Ansatz ermöglicht es, auf effiziente Weise trans* Menschen gerecht zu werden. Unter der Leitung der Fachstelle für Gleichstellung und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den wichtigen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen sollen daher Massnahmen zur Gleichstellung von trans* Personen erarbeitet und im Rahmen des Aktionsplans für die Gleichstellung von Mann und Frau integriert und umgesetzt werden. Die Umsetzungsmassnahmen zur Sicherung der Grundrechte dieser Menschen sollen basierend auf bereits bestehenden Verwaltungsstrukturen vorgeschlagen werden. Hierbei ist im Sinne eines inklusiven Ansatzes insbesondere auf eine Kooperation mit Trans*-Organisationen zu achten,

Viele besonders lebensnahe Verwaltungsbereiche, die auch mit trans* Menschen in Kontakt kommen, sind auf kommunaler Ebene angesiedelt. Daher ist angebracht, dass sich die Stadt Bern, in der hunderte bis mehrere Tausend trans* Personen wohnen dürften, sich auf diesem Feld engagiert.

Bern, 29. November 2018

Erstunterzeichnende: Patrick Zillig, Tabea Rai, Zora Schneider, Milena Daphinoff, Ursina Anderegg, Marcel Wüthrich, Mohamed Abdirahim

Mitunterzeichnende: Joëlle de Sépibus, Patrik Wyss, Ruth Altmann, Lionel Gaudy, Philip Kohli, Maurice Lindgren, Gabriela Blatter, Claude Grosjean, Melanie Mettler, Marianne Schild, Matthias Egli, Danielle Cesarov-Zaugg, Brigitte Hilty Haller, Michael Burkard, Timur Akçasayar, Benno Frauchiger, Michael Sutter, Marieke Kruit, Fuat Köçer, Edith Siegenthaler, Bettina Stüssi, Ayse Turgul, Laura Binz, Katharina Altas, Peter Marbet, Devrim Abbasoglu-Akturan, Regula Tschanz, Franziska Grossenbacher, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Rahel Ruch, Seraina Patzen, Eva Krattiger, Angela Falk, Luzius Theiler

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 24. April 2019

Der Gemeinderat